Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 1609

Antrag

der Fraktion der Deutschen Partei

betr. Bundesversicherungsanstalt für Angestellte.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

1. die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte unverzüglich wieder geschäftsfähig zu machen;
2. die Verwaltung der Restanstalt in Berlin zu erweitern und mit der zentralen Verwaltung der Angestelltenversicherung im Bundesgebiet zu betrauen;
3. den Ort zu bestimmen, an dem die Selbstverwaltungsorgane der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte zusammentreten sollen;
4. die Vermögensverwaltung der alten Sozialversicherungsträger, die früher ihren Sitz in Berlin hatten, zu übernehmen, den von der Militärregierung bestellten Treuhänder abzuberufen und Rechnungslegung vom Treuhänder zu verlangen;
5. dem Bundestag Bericht zu geben über die finanziellen Verhältnisse der Angestelltenversicherung und zwar
   - I. über die Zuschüsse, die der Angestelltenversicherung gegeben wurden
     - a) von den Ländern,
     - b) von der Invalidenversicherung,
   - II. über die Verwaltungskosten,
     - a) die von den Landesversicherungsanstalten für die Restanstalt Berlin getragen werden,
     - b) die von den Landesversicherungsanstalten des Bundesgebietes als Treuhänder der Angestelltenversicherung verrechnet worden sind,
   - III. über die Zinsen, die aus dem Vermögen der Angestelltenversicherung aufgelaufen sind;
6. das Vermögen der früheren Reichsanstalt für Angestellte an Grundstücken, Hypotheken, Darlehen, Wertpapieren und Sparguthaben sicherzustellen.

Bonn, den 9. November 1950

Frau Kalinke
Dr. Mühlenfeld und Fraktion

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei Gebr. Scheur, Bonn
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30, und Wiesbaden, Nietzschestraße 1